

# Aufwertung für Bilderstöckchen

GAG und Stadt wollen Bestand sanieren und die Infrastruktur im Veedel vorantreiben

VON TOBIAS WOLFF

Stadt, Land und GAG haben Großes vor im Kölner Nordwesten. Und so war der Auftrieb der Polit-Prominenz aus Stadt und Land auch nicht verwunderlich. Konkret geht es um die Aufwertung und Umgestaltung des Quartiers Bilderstöckchen, einem Areal mit rund 7600 Einwohnern zwischen Escher Straße, Longericher Straße und dem Schiefersburger Weg. Die GAG erhält dafür 21 Millionen Euro Fördermittel vom Land.

Das Quartier besteht größtenteils aus GAG-Wohnungen, der Bestand umfasst 413 zumeist in den 70er Jahren errichtete Wohnungen und eine Seni-



Quartiersentwickler für Bilderstöckchen: Beatrix Schwarze (Verein Familiengerechte Kommune), Baudezernent Markus Greitemann, Ministerin Ina Scharrenbach und GAG-Vorstand Kathrin Möller (v.l.).  
Foto: Costa Belibasakis

orenwohnanlage. Es gibt im städtischen Vergleich sowohl mehr Kinder und Jugendliche im Quartier wie auch mehr Senioren. Stadt und GAG haben verschiedene Maßnahmen und Projekte auf den Weg gebracht, die im „Integrierten Quartierskonzept“ festgelegt wurden.

NRW-Ministerin Ina Scharrenbach (CDU) machte den Kölner Akteuren dann auch Mut, weiter zu investieren: „Wenn es mehr Geld braucht – herzlich gerne. Es stehen in Nordrhein-Westfalen 1,1 Milliarden Euro an Wohnraumförderung zur Verfü-

gung.“ Sie übergab GAG-Vorstand Kathrin Möller das Zertifikat „Generationengerechtes Wohnen“ des Landes und betonte, dies bilde nicht den Abschluss, sondern den Beginn des Projektes. Und auch Baudezernent Markus Greitemann war voll des Lobes: „Quartiersentwicklung ist nicht nur Architektur und Städtebau. Quartiersentwicklung ist umfassend und partizipativ, wir wollen die Bewohnerinnen und Bewohner beteiligen“, erklärte er. Er wolle „in Bilderstöckchen persönlich mit auf die Umsetzung schauen“.

Vorangegangen war ein sogenannter „Auditierungsprozess“, der vom Verein „Familiengerechte Kommune“ entwickelt wurde. Darin wurde das Quartier analysiert und der Handlungsbedarf ermittelt. Herausgekommen sind eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Quartier aufwerten sollen: Dazu zählt zunächst einmal die Modernisierung der Wohnungsbestände, insbesondere am Bilderstöckchen sowie an der Alzeier Straße. Hier hat sich über die Jahre ein Sanierungsstau entwickelt, der aufgelöst werden muss.

Auch der barrierearme Umbau der Seniorenwohnanlage und ein Neubau mit zusätzlichem, „zeitgemäßen“ Wohnraum gehört dazu. Zwischen Robert-Perthel-Straße, Escher Straße und am Bilderstöckchen wird ein kompletter Neubau entstehen. Außerdem soll die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur angegangen werden, etwa durch neue Wegeverbindungen, eine Brücke über die Äußere Kanalstraße oder einen Kreisverkehr am Knotenpunkt Escher Straße/ am Bilderstöckchen. Nicht zuletzt soll die Ansiedelung eines „Vollver-

sorgers“ helfen, die Infrastruktur zu verbessern.

Eher allgemein gehalten sind dagegen noch die Vorschläge, die Aufenthaltsqualität im Quartier Bilderstöckchen zu erhöhen – wobei explizit die Aufwertung des Platzes am Schiefersburger Weg genannt wurde – sowie die Vernetzung vor Ort zu fördern. „Es ist ein Konzept, das die Umsetzung mitdenkt“, meinte Möller. „Als größte Bestandhalterin haben wir die Möglichkeit, an vielen Stellschrauben für eine positive Entwicklung des Quartiers zu drehen.“

## Kienitz-Wahl: „Partei“ legt Beschwerde beim RP ein

Behörde prüft noch die Eignung des neuen Beigeordneten

Der Wirbel um die Wahl des CDU-Fraktionsgeschäftsführers Niklas Kienitz zum Dezernenten für Stadtentwicklung und Wirtschaft geht weiter: Am Freitag legte Michael Hock, Ratsmitglied für die Gruppe „Die Partei“, Beschwerde beim Regierungspräsidium gegen die Wahl ein. Begründung: Es habe vor der Abstimmung im Rat Fehler bei der Akteneinsicht gegeben. Ihm seien „Interessenten für die Stelle vorenthalten worden“, sagte Hock. „Die Partei“ kritisierte auch, dass Kienitz als Kandidat für den Dezernentenposten bereits im Februar im Gespräch gewesen sei. Vor diesem Hintergrund sei der „Grundsatz der Bestenauslese“ bei der Personalfindung nicht mehr möglich gewesen.

Einen ähnlich gelagerten Fall, gab es 2019: Damals hatte Ober-

bürgermeister Henriette Reker das Bewerbungsverfahren für die Nachfolge von Schuldezernentin Agnes Klein gestoppt, als der Name einer Kandidatin frühzeitig bekannt geworden war. Begründung: Es sei der Eindruck entstanden, die Sache sei schon entschieden. Das Anhalten des Auswahlprozesses hatte das Regierungspräsidium nachträglich als „rechtswidrig“ bezeichnet. Wie die Rundschau berichtete, hatte sich Kienitz allerdings erst am 19. Juni, also kurz vor der Wahl im Rat, auf den Dezernentenposten beworben.

Das Regierungspräsidium bestätigte am Freitag den Eingang der Beschwerden der „Partei“. Man habe sie an die Stadt Köln mit der Bitte um eine Stellungnahme weitergereicht. Das Prüfverfahren hinsichtlich der Eignung von Kienitz und der beiden anderen neu gewählten Kölner Dezernenten laufe noch, hieß es aus der Behörde. Ein solches Prüfverfahren ist Routine, das Regierungspräsidium hat dafür vier Wochen Zeit. Erst wenn es grünes Licht gibt, erfolgt die Ernennung zum Beigeordneten. Die Abstimmung im Rat erfolgte am 24. Juni. (sts)



Niklas Kienitz

## E-Scooter: „Voi“ will sich an Kosten beteiligen

Bergungsverzögerung „tut uns leid“ – Nachtfahrverbot wird abgelehnt

VON DANIEL TAAB

In der Diskussion um die massenhaft im Rhein liegenden E-Scooter und die verschobene Bergung hat sich nun erstmals eine große Verleiherfirma geäußert. Die Firma „Voi“ werde sich „selbstverständlich“ an den Bergungskosten der Scooter beteiligen, teilte das Unternehmen auf Anfrage der Rundschau mit. „Als wir von der Situation gehört haben, haben wir uns direkt mit unseren Verbandsmitgliedern zusammengesetzt, um das Problem so schnell wie möglich – und auf unsere eigenen Kosten – zu lösen“, sagte Generalmanager Claus Unterkircher. Man habe schnell handeln wollen, aber versäumt, den bürokratischen Aufwand zu bedenken. „Das tut uns wirklich sehr Leid“, heißt es weiter in der Erklärung.

Eine Bergung in Köln wäre eine Aktion bisher ungeahnten Ausmaßes. Allerdings sei es nicht die erste Bergung von Geräten im Wasser. Auch zum von der Stadt geforderten nächtli-

chen Fahrverbot äußerte sich das Unternehmen. Es lehnte eine Sperre von 22 bis 6 Uhr ab. Fahrten zu jeder Tageszeit seien ein „essenzieller Teil des Angebotes“. Sollte die letzte Bahn verpasst worden sein, sei dies oft die einzige Möglichkeit nach Hause zu kommen. Das Klientel der E-Scooter-Fahrer könne sich oft ein Taxi nicht leisten.

Laut Polizei gehen die Unfälle mit E-Scootern zu 88 Prozent auf Alkohol- oder Drogenkonsum zurück. Die Firma „Voi“ will den Trunkenheitsfahrten nun entgegenwirken. Beim Antritt der Fahrt müssen Fahrer einen Geschicklichkeitstest in einer App absolvieren. Dieses Pilotprojekt wird derzeit in München getestet und könne möglicherweise auch auf andere Städte übertragen werden. Sollte der Test negativ ausfallen, gibt es allerdings nur einen Hinweis an die Nutzer nicht auf das Gerät zu steigen.

Die Stadt Köln betont, dass sie weiter an der Forderung für ein Nachtverbot festhält.



Tauschte sich im Historischen Rathaus mit Oberbürgermeisterin Henriette Reker aus: Dilan Örs konnte aus der Türkei zurückkehren, ihre Mutter Hozan Canë sitzt dort noch fest. Foto: Thomas Banneyer

## Reker trifft Dilan Örs

Die Tochter der in der Türkei festgehaltenen Kölnerin Hozan Canë war selbst in Haft, durfte aber nach Deutschland zurückkehren

VON SEVERIN RÜGER

Gut zwei Jahre ist es her, dass die Kölnerin Gönül (genannt Dilan) Örs in der Türkei festgenommen wurde. Am Freitag unterhielt sich Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit ihr im Historischen Rathaus. In die Türkei werde sie vorerst sicher nicht zurückkehren, sagte Örs im Gespräch mit Reker. Der Grund: Im Juni wurde sie in der Türkei zu

zehn Jahren Haft verurteilt, Hintergrund ist eine angebliche Protestaktion 2012 in Köln für die verbotene Kurdenpartei PKK.

Nachdem Örs erst aus der Untersuchungshaft und später aus dem Hausarrest entlassen wurde, hob ein Gericht nun auch eine Ausreiseperrre auf, sie konnte das Land verlassen. Nun will sie in Berufung gehen.

Noch immer in der Türkei fest sitzt unterdessen ihre Mutter,

die Sängerin Hozan Canë. Um sie zu besuchen, war Örs überhaupt erst in die Türkei gereist, denn auch Canë war wegen Terrorvorwürfen in Haft. Sie darf bis heute nicht ausreisen.

Viele deutsche Politiker, auch OB Reker, hatten sich wiederholt für die Freilassung beider Frauen eingesetzt. Zahlreiche politische Festnahmen hatten in den letzten Jahren zu deutsch-türkischen Spannungen geführt.

### Kölnische Rundschau

Unabhängige Zeitung für Köln

Lokalredaktion: Rundschau-Haus, Stolkgasse 25-45, 50667 Köln Postfach 10 21 45, 50461 Köln koeln@kr-redaktion.de

Tel.: 02 21/16 32-551, Fax: 16 32-547 Für Sie am Telefon, Glückwünsche, Regularien: 16 32-507

Redakteure: Stefan Sommer (Leitung: 16 32-518), Jens Meifert (Ltd. Red., 16 32-498), Gabi Bossler (16 32-545), Michael Fuchs (16 32-499), Matthias Hendorf (16 32-549), Dierk Himstedt (16 32-545), Thorsten Moeck (16 32-542), Ingo Schmitz (16 32-584), Henriette Sohn (16 32-582), Daniel Taab (16 32-552), Martina Windrath (16 32-516), Tobias Wolff (16 32-583) www.rundschau-online.de

Geschäftsstelle

Breite Straße 72, 50667 Köln

Abonnenten-Service

Tel.: 0221 / 925 864 20

Fax: 0221 / 224-23 32

abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Telefonische Anzeigenannahme

Tel.: 0221 / 925 864 10

Fax: 0221 / 224-24 91